

## PROTOKOLL

über die 2. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am Dienstag, den 24.10.2017, Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

**Sitzungsnummer:** AFuW/002/2017  
**Öffentliche Sitzung:** 18:03 Uhr bis 20:40 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Vorsitzender**

Harald Kruse

#### **stellv. Vorsitzender**

Wilhelm Hunting

#### **Mitglied CDU- und FDP-Gruppe**

Mirco Bredenförder

ab 18:33 Uhr

Jan Lütkemeyer

Günter Oberschmidt

bis 18:33 Uhr als Vertreter für Herrn Bredenförder

Christina Tiemann

Heinrich Thöle

ab 18:05 Uhr

#### **Mitglied SPD-Fraktion**

Gerhard Boßmann

als Vertreter für Herrn Van de Walle

Uwe Plaß

#### **Mitglied B90/DIE GRÜNEN- und LINKE-Gruppe**

Alfred Reehuis

Reinhardt Wüstehube

#### **Mitglied UWG-Fraktion**

Peter Spiekermann

#### **von der Verwaltung**

Stadtrat Dirk Hensiek

StOAR Uwe Strakeljahn

StAR Jürgen Detmer

bis 18:15 Uhr

StAR Roland Bieber

Florian Walkenhorst

#### **ProtokollführerIn**

StI Andrea Steinkamp

#### **Zuhörer**

Zuhörer

Günter Oberschmidt ab 18:33 Uhr

### **Abwesend:**

#### **Mitglied SPD-Fraktion**

Luc Van de Walle

## **Tagesordnung:**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 1. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.09.2017
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses 2015 der Stadt Melle  
Vorlage: 2017/0266
- TOP 7 Haushalt 2018 und Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2016-2021  
Vorlage: 2017/0265
- TOP 8 Wünsche und Anregungen

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden Herrn Kruse eröffnet. Er begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder und Mitarbeiter der Verwaltung.

Der Vorsitzende Herr Kruse stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2 Einwohnerfragestunde**

Mangels anwesender Einwohner entfällt die Einwohnerfragestunde.

**TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird durch den Vorsitzenden Herrn Kruse festgestellt.

**TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 1. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.09.2017**

Die Genehmigung des Protokolls der 1. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.09.2017 wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses am 30.11.2017 verschoben. Das Protokoll wurde erst am heutigen Tag veröffentlicht. Eine Genehmigung ist den Ausschussmitgliedern somit nicht möglich.

**TOP 5 Bericht der Verwaltung**

Herr Strakeljahn stellt anhand der beiliegenden Präsentation die aktuelle, unveränderte Ertragslage vor.

*Herr Thöle nimmt ab 18:05 Uhr an der Sitzung teil.*

**TOP 6 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses 2015 der Stadt Melle  
Vorlage: 2017/0266**

Herr Detmer, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) der Stadt Melle, stellt den Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses 2015 anhand der Vorlage zum Beschlussvorschlag vor und verweist auf die Vorstellung des Gesamtabchlusses durch Herrn Wunderlich in der letzten Sitzung.

Er hebt hervor, dass die Bilanzsumme der Gesamtbilanz im Vergleich zu 2014 um 10,4 Mio. Euro auf 235,8 Mio. Euro angewachsen ist. Dieses ergebe sich aus den vielen Investitionsmaßnahmen, die durchgeführt wurden und jetzt wertmäßig darzustellen sind. Die Vorbelastungen unter der Bilanz in Höhe von 19,7 Mio. Euro, wo die Haushaltsreste der Stadt Melle mit 17,3 Mio. Euro enthalten sind, sieht das RPA weiter kritisch.

Die Gesamtergebnisrechnung 2015 schließt mit einem Überschuss in Höhe von rund 324T Euro ab. 2014 konnte ein Überschuss von rund 6,6 Mio. Euro erzielt werden.

Er stellt zusammenfassend fest, dass es sich bei dem Gesamtabchluss 2015 um einen guten Abschluss handelt. Es sind keine Beanstandungen erforderlich gewesen.

Dem Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft schlägt Herr Detmer vor, den Beschlussvorschlag zu beschließen und dem Bürgermeister damit Entlastung zu erteilen.

Herr Reehuis merkt in Bezug auf die Solbad Melle GmbH, dass die noch vorhandene Kapitalrücklage voraussichtlich Ende 2020 aufgezehrt sei. Er stelle sich die Frage, wie es dann weiter gehe. Aktuell zeichnet sich ab, dass eine Sanierung des Daches des Forums erforderlich wird. Er erkundigt sich, ob die Finanzierung seitens der Solbad Melle GmbH durch Kredite oder durch den städtischen Haushalt erfolgen soll.

Das Gutachten des Sachverständigen ist noch nicht abschließend erstellt worden, erklärt Frau Tiemann. Die voraussichtlichen Kosten einer Sanierung oder Reparatur sind noch nicht bekannt. Das Ergebnis werde voraussichtlich im Frühjahr 2018 fest stehen. Herr Hensiek fügt hinzu, dass die Entscheidung über die Finanzierung bei der Solbad Melle GmbH getroffen werden muss. Bilanziell gesehen komme es zu einer Aufzehrung der Rücklage. Zurzeit gebe es noch viele offene Fragen. Zunächst ist muss man das gesamte Volumen kennen.

Herr Kruse bedankt sich bei Herrn Detmer und seinen Mitarbeitern für die Erstellung des Berichts und den Vortrag.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 24.10.2017 beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Melle einstimmig mit 11 Ja-Stimmen folgenden Beschluss zu beschließen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Melle nimmt den Konsolidierten Gesamtabchluss 2015 des Konzerns Stadt Melle sowie den Prüfungsbericht über die Prüfung des Abschlusses zur Kenntnis.

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird der Gesamtabchluss der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2015 wie folgt beschlossen (sh. Anlage 1).

Gemäß § 129 Abs. 1. Satz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) wird dem Bürgermeister Entlastung erteilt.

#### **TOP 7      Haushalt 2018 und Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2016-2021 Vorlage: 2017/0265**

*Herr Detmer verlässt um 18:15 Uhr die Sitzung.*

Herr Hensiek berichtet, dass es im Gesamtergebnishaushalt bei der Planung bis 2021 wahrscheinlich keine Probleme bei der Erreichung des Haushaltsausgleichs geben wird. Die Rücklagen sollen bis dahin auf 40 Mio. Euro anwachsen. Dies setzt allerdings voraus, dass es nicht zu gravierenden Einbrüchen bei den Erträgen kommt. Die positiven Daten der Steuerschätzungen wurden für die Planung der Steuererträge zugrunde gelegt.

Sorgen bereitet ihm, ob immer genügend Liquidität vorhanden sein wird sowie die Höhe der Verschuldung. In 2018 komme es zwar zu einer Entschuldung, in den Folgejahren steige die Verschuldung dann aber wieder an. Er halte weitere Gespräche über die Höhe des Schuldenstandes für erforderlich.

Um den Verwaltungsentwurf zum Haushaltsplan 2018 leichter verstehen zu können, empfiehlt er, den guten und ausführlichen Vorbericht zu lesen. Dem Team der Kämmerei gilt sein herzlicher Dank für die Erarbeitung dieses Berichtes. Mit dem Vorbericht wird eine umfassende Einschätzung der aktuellen und geplanten Finanzlage dargelegt.

Herr Strakeljahn erklärt anhand der Steuerungspyramide, dass es neben der systematischen Betrachtung der Produkte auch eine Aufnahme von Projekten in den Verwaltungsentwurf erfolgte (S.106 des Verwaltungsentwurfes zum Haushaltsplan 2018). Bei den Projekten handelt sich um einzelne komplexe Maßnahmen, die grundsätzlich mit einem Budget verbunden sind. Als Beispiel nennt er die Maßnahme „Neue Mitte Nord“.

Herr Hensiek führt ergänzend aus, dass die Projekte Themen mit großem Handlungsbedarf bzw. besonderer Bedeutung beinhalten. Mit der Aufnahme in den Haushalt wird der Druck zur Umsetzung größer, da sie einer besonderen Kontrolle unterliegen.

Herr Strakeljahn erläutert, dass die Auftraggeber stets der Bürgermeister oder die Dezernenten sind. Diese benennen die Projektleiter, die für die Durchführung der Projekte zuständig sind. In der Liste werden betroffene Handlungsschwerpunkte, Budgets und Produkte genannt.

Weiterhin bittet er die Ratsmitglieder darum, insbesondere bei den Produktbeschreibungen der wesentlichen Produkte genau hinzusehen, da dort der Kontrakt zwischen Rat und Verwaltung beschrieben wird. Da noch nicht bei allen Produkten eine gewisse Reife der Beschreibungen erreicht wurde, solle in den Ausschüssen über Kriterien, die wichtig sind, diskutiert werden. Ziel sei es, in 2 bis 3 Jahren alle Produkte mit einer kompletten Beschreibung zu versehen.

Anschließend stellt Herr Strakeljahn anhand der beiliegenden Präsentation den Vorbericht zum Verwaltungsentwurf des Haushaltsplans 2018 vor.

Im Vergleich zu dem Haushaltsjahr 2016 sollen bis 2021 bis zu 11 Mio. Euro mehr Erträge pro Jahr eingenommen werden. Der Cash-Flow kann dadurch deutlich verbessert werden.

Herr Kruse erkundigt sich, welche Steuerschätzungsdaten berücksichtigt wurden und ob diese vorsichtig übernommen wurden. Die Orientierungsdaten des Landes und Steuerschätzungen des Bundes aus Mai 2017 wurden für die Planungen entsprechend berücksichtigt, antwortet Herr Strakeljahn. Bei der Gewerbesteuer sind die Daten differenziert zu betrachten, da die Standortfaktoren eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Im Hinblick auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gibt er bekannt, dass der Verteilmaßstab neu festgelegt werde. Dies könne zum finalen Haushalt noch zu Anpassungen führen.

*Herr Bredenförder nimmt ab 18:33 Uhr an der Sitzung teil. Sein Verteter, Herr Oberschmidt, nimmt danach als Zuhörer an der Sitzung teil.*

Im Bereich der Planungen zu den Gewerbesteuererträgen weist Herr Hensiek darauf hin, dass es keinen Sinn gemacht hat, die Erträge nach unten zu schätzen. Es werde sicherlich irgendwann einmal auch wieder nach unten gehen. In den Bereichen Kindertagesstätten und Personal wurden in den Finanzplanungsjahren entsprechende Erhöhungen eingeplant. Im Zusammenhang mit den getätigten und geplanten Investitionen verweist er auf die sich daraus ergebenden höheren Abschreibungen. Auch dadurch werden die Ergebnisse belastet. Die tatsächlichen Zahlen ergeben sich dann aus den jeweiligen Jahresabschlüssen.

Herr Wüsthube erkundigt sich, ob die Pensionszahlungen bei den aufgeführten Aufwendungen enthalten sind. Herr Strakeljahn erläutert, dass die Pensionszahlungen durch die Versorgungskasse geleistet werden.

Bei den Personalaufwendungen zeigt der Nettopersonalaufwand im Kurzüberblick, dass die Aufwendungen gegenüber 2017 niedriger ausfallen trotz zusätzlicher 7,22 Stellen. Für die Folgejahre wurden Steigerungen von 2,0% berücksichtigt. Darin sind allerdings keine weiteren Stellen eingerechnet.

Herr Hunting und Herr Kruse sprechen sich dafür aus, den Personalbedarf und die Personalentwicklung der Stadtverwaltung ganzheitlich ins Auge zu fassen. Neben dem effektiven Einsatz von Personal sollte auch überprüft werden, ob die vorhandenen Stellenbeschreibungen zeitgemäß sind und wie sich einzelne Stellen wahrscheinlich entwickeln werden. Auch eine Bestandsanalyse ist erforderlich.

Herr Strakeljahn merkt an, dass die Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen bei der Personalintensität schwierig ist. In anderen Kommunen könnten die Strukturen anders sein. Beispielsweise ist bei anderen Kommunen das Kindergartenpersonal enthalten. In Melle werden diese Einrichtungen von den Kirchen geführt. Die Kosten für die Kindergärten schlagen sich in Melle in den Transferaufwendungen nieder.

Auf Nachfrage von Herrn Lütkemeyer erklärt Herr Strakeljahn, dass es einen neutralisierten Vergleich für den Kernbereich der Verwaltung gibt. Die Zahlen auf den Seiten 587 und 588 des Verwaltungsentwurfs des Stellenplans dargestellt.

Frau Tiemann fragt, ob bei den Transferaufwendungen für die Kindertageseinrichtungen die Pläne des Landes, weitere Kindergartenjahre beitragsfrei anzubieten, berücksichtigt sind. Der aktuelle Rechtsstand ist maßgeblich und damit verneint Herr Strakeljahn dies. Er gibt zu bedenken, dass die Einführung des 3. beitragsfreien Kindergartenjahres damals zunächst die Belastung des städtischen Haushaltes reduziert hat, aber mittlerweile das Gegenteil eingetreten ist. Eine vergleichbare Entwicklung hält er auch bei den zusätzlich beitragsfreien Jahren für möglich.

Ob das Land einen festen Satz für die Kostenübernahme zahlt, fragt Herr Kruse. Herr Strakeljahn bestätigt dies. Der Landkreis zahlt für die Kostenübernahme auch einen festen Satz. Die vertragliche Steigerung pro Jahr beträgt 2%. Im städtischen Haushalt sind andererseits jährliche Steigerungen von 5% bei den Transferaufwendungen eingeplant.

Herr Strakeljahn führt weiter aus, dass es bei den Zinsaufwendungen durch die Prolongation zu einer deutlichen Senkung gekommen ist. Insgesamt betrachtet gebe es aus heutiger Sicht kein Ergebnisproblem. Im Finanzhaushalt ist ein deutlich erhöhter Cash-Flow zu verzeichnen. Die geplante Investitionstätigkeit für 2018 wurde durch verschiedene begründete Verschiebungen auf 12,4 Mio. Euro Gesamtvolumen reduziert. Dafür gibt es in den Jahren 2019 und 2020 wieder eine deutliche Steigerung der Investitionen. Beispielsweise ergeben sich bei den Kläranlagen Melle-Mitte und Buer, sowie im Sanierungsgebiet „Neue Mitte Nord“ zeitliche Verschiebungen.

Zur Vorstellung einzelner Investitionen wechselt Herr Strakeljahn in den Kurzüberblick zum Haushaltsplan 2018.

Bei den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit hebt er die deutlich erweiterten Auszahlungen für den Erwerb von Vorrats- und Vermarktungsflächen und einige Baumaßnahmen hervor (S. 96 ff.). Als Baumaßnahmen nennt er u.a. die Feuerwehrhäuser Wellingholzhausen und Groß-Aschen. Die voraussichtlichen Kosten für das Alte Stahlwerk konnten reduziert und verschoben werden. Für Maßnahmen an der Grundschule Gesmold sind bereits Werte in der

Finanzplanung abgebildet. Die genaue Höhe ergibt sich auf Basis eines technischen Gutachtens, das ggf. im Ausschuss für Gebäudemanagement vorgestellt werden kann.

Herr Hensiek fügt hinzu, dass die geplante Fläche des Jugendzentrums Altes Stahlwerk von 1.000 m<sup>2</sup> auf 600m<sup>2</sup> verringert wurde. Deshalb wurden die Investitionskosten entsprechend in gleichem Maße neu berechnet. Für die Grundschule Gesmold plant ein Ingenieurbüro zurzeit die Maßnahme. Die angegebenen Planwerte stellen das Minimum dar. Mittel für energetische Maßnahmen sind darin nicht enthalten. Welche Maßnahmenvariante am wirtschaftlichsten ist, wird im Ausschuss für Gebäudemanagement zu erörtern sein. Für 2018 sind 100T Euro an Planungskosten veranschlagt worden.

Nach dem Hintergrund der Erhöhung der Planungen für den Erwerb von Vorrats- und Vermarktungsflächen um 2 Mio. Euro erkundigt sich Frau Tiemann. Herr Hensiek erklärt, dass es sich dabei um den früheren Zwischenkredit handelt. Damit soll der An- und Verkauf von Gewerbeflächen abgewickelt werden. Die Ein- und Auszahlungen sind ausgeglichen. Es besteht ein Potenzial für Vergaben in 2018 in Höhe von rund 4 Mio. Euro inklusive Verpflichtungsermächtigungen. Derzeit erfolgen Gespräche über mögliche Käufe von Flächen. Ob die Verträge wirklich zustande kommen ist nicht sicher. Wenn es zu Abschlüssen kommt, ist durch die Erhöhung allerdings schnelles Handeln gesichert.

Die Maßnahmen an der Grundschule Bruchmühlen werden auf Grund eines Inklusionsfalls nötig, begründet Herr Strakeljahn die Aufnahme in den Haushaltsplan. Herr Hensiek weist darauf hin, dass noch zu klären ist, ob die veranschlagten Mittel in Höhe von 250T Euro für die Maßnahme erforderlich sind oder eine Umstrukturierung in der Schule ausreichend ist.

Herr Strakeljahn informiert, dass die Investition für das Umkleidegebäude Gesmold mit einem Sperrvermerk versehen ist. Die Maßnahme muss noch im Ausschuss für Gebäudemanagement beraten werden. Die Maßnahmenplanung für die Sporthalle an der Haferstraße beinhaltet einen Stand vor dem Brand in der Halle, verdeutlicht Herr Hensiek. Die Brand- und Schadensuntersuchungen laufen noch.

Herr Strakeljahn schildert, dass sich für die Grundschule im Engelgarten ein zusätzlicher Bedarf ergeben habe. Im Bereich der Kläranlagen Melle-Mitte und Buer sind große Budgets geplant. Erläutert wurden diese in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung folgt. Bei der Maßnahme Eickener Straße handelt es sich um den dritten Bauabschnitt, der bisher noch nicht in der Finanzplanung eingestellt war.

Herr Kruse möchte wissen, ob die Planwerte für die Gerhard-Hauptmann-Straße realistisch sind. Die Anliegerversammlung sollen demnächst durchgeführt werden, stellt Herr Strakeljahn klar. Danach werden die vorhandenen Planungen ggf. anzupassen sein.

Das Gewerbegebiet Bruche-Ost ist mehrmals in der Liste aufgeführt, hinterfragt Herr Spiekermann. Herr Strakeljahn führt dazu aus, dass die Maßnahme nach vorne gezogen wurde, da eine Firma in dem Gebiet erweitern möchte. Deswegen sollen die Arbeiten früher erfolgen. Es handelt sich zum einen um Planungen für die Straße und zum anderen für den Kanal, ergänzt Herr Hensiek.

Herr Strakeljahn informiert, dass für die Straße „Zur Waldkirche“ keine Mittel eingeplant sind. Lediglich der Anteil für die Erstellung eines Regenrückhaltebeckens durch die Wohnungsbau Grönegau GmbH ist aufgenommen. Herr Reehuis erkundigt sich, warum die Bismarckstraße zweimal aufgeführt ist. Der Kanal in der Bismarckstraße ist einsturzgefährdet, begründet Herr Strakeljahn. Damit verbunden wird auch diese Straßensanierung. Die Durchführung ist für 2019 vorgesehen.

Für das Dokumentenmanagement und die IT-Sicherheit sind neue Mittel beim Erwerb von beweglichen Sachvermögen (S. 100 ff.) aufgenommen worden. Beim Dokumentenmanagement erfolgt eine Fortführung des laufenden Projektes. Bei der IT-Sicherheit sind neue EU-Richtlinien maßgebend und umzusetzen.

Die größte Anschaffung im Bereich der Feuerwehrfahrzeuge stellt 2018 der Rüstwagen für die Wehr in Melle-Mitte mit 386T Euro dar. Die Planmittel für die Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen des Baubetriebsdienstes wurden heraufgesetzt, da der Fuhrpark massiv veraltet ist. Die Kosten für Reparaturen und Ausfallzeiten steigen immer weiter an und sollen damit gesenkt werden.

Frau Tiemann möchte wissen, ob für die Beschaffung der PC's im Schulbereich auch die Kosten für die noch fehlenden Anschlüsse eingeplant sind. Ohne die Anschlüsse kann mit den PC's nicht gearbeitet werden. Herr Strakeljahn bekräftigt, dass Anschlüsse vorliegen müssen. Die Erstellung der Anschlüsse falle in den Zuständigkeitsbereich des Gebäudemanagements. Ob diese Arbeiten aktivierungspflichtig sind, ist für Herrn Hensiek fraglich.

Die Breitbandversorgung stellt den wesentlichen Posten bei den aktivierbaren Zuwendungen (S. 103) dar, erklärt Herr Strakeljahn.

Zurück in der Präsentation zum Vorbericht, erläutert Herr Strakeljahn, dass die meisten Verpflichtungsermächtigungen für das Sanierungsgebiet „Neue Mitte Nord“ gebildet wurden, um bei der Durchführung der Maßnahmen handlungsfähig zu bleiben.

Herr Hensiek appelliert an die Ratsmitglieder wegen der hohen Verschuldung sich Gedanken zu machen, wieviel Verschuldung man sich leisten könne bzw. leisten wolle. Diese sollte bei allen Entscheidungen betrachtet werden. Die deutliche Steigerung in den Finanzplanungsjahren bereite ihm Sorge. Der Finanzhaushalt kann nicht alles abdecken. Die Erträge sind optimistisch geplant und es kann jederzeit zu Minderungen kommen. Gerade bei der Diskussion um die Kindergärten sollte die Verschuldung im Hinterkopf bleiben. Es sollten keine neuen Standards geschaffen werden, die wieder zu Kostensteigerungen führen. Auch andere Maßnahmen sind noch durchzuführen und warten ggf. auch schon länger auf ihre Umsetzung. Zu beachten bleibt auch, dass gerade im Gebäudemanagement neue Stellen genehmigt wurden, diese wegen fehlender Bewerber aber nicht besetzt werden können. Die Besetzung ist für die Durchführung aller Maßnahmen aber notwendig. Zudem werden auch immer wieder neue Maßnahmen hinzukommen.

Herr Strakeljahn geht auf die wesentlichen Veränderungen bei den einzelnen Produkten im Verwaltungsentwurf zum Haushaltsplan 2018 ein.

Im *Produkt 111-08 Personalmanagement* (S. 136) sind die Ergebnisbelastungen der Rückstellungen unter Abschnitt 2.01 abgebildet. Für das Projekt Personalentwicklungsplanung werden 15T Euro eingeplant.

Auf Grund der Rechtsänderung von der Gemeindehaushalts- und kassenverordnung (GemHKVO) zur Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) müssen bei der Aufstellung der Investitionen der einzelnen Produkte jetzt auch die bisher bereitgestellten Summen und die Gesamtinvestitionssumme seit 2008 für die Maßnahmen aufgeführt werden. Diese Darstellung wird bei Baumaßnahmen sinnvoller und interessanter sein, ergänzt Herr Hensiek.



Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen bei dem *Produkt 111-11 Technikunterstützte Informationsverarbeitung* (S. 140/141) von 429T Euro auf 519T Euro an, berichtet Herr Strakeljahn. Grund dafür sind Kostensteigerungen bei Softwareanbietern, die weitere Einführung des Dokumentenmanagements und ein Wechsel der Software für die KFZ-Zulassung. Die im Investitionsplan des Produktes aufgeführte EDV-Verkabelung des Stadthauses wird als Erinnerungsposten zurück gestellt. Redundante Serverschränke werden benötigt, um die Ausfallsicherheit der Systeme im Rahmen des Sicherheitskonzeptes zu gewährleisten.

Für das Projekt Strategische Steuerung werden im *Produkt 111-01 Politische Gremien* (S. 147) 40T Euro für weitere Schulungen und Beratungskosten veranschlagt.

Bei den *Zentralen Diensten* (*Produkt 111-06*; S. 156) ergeben sich die Planänderungen im Wesentlichen aus Druckerkosten, die nun der *Technikunterstützten Informationsverarbeitung* zugeordnet wurden und den gestiegenen Aufwendungen für Gerichtsverfahren. Als Investitionen (S. 158) sind u.a. die Anschaffung von zwei Elektrofahrzeugen für die Postverteilung und das Gebäudemanagement vorgesehen. Die 50% Förderung ist zeitlich auf das Jahr 2018 begrenzt.

Die Zusatzbudgets für die Projekte Neuorganisation Gebäudemanagement und Neukonzeption der Wirtschaftsförderung sind im *Produkt 111-10 Organisationsangelegenheiten* enthalten (S. 166).

Beispielhaft für die Erhöhung der Ortsratsbudgets stellt Herr Strakeljahn die Produktbeschreibung des *Produktes 111-17 Ortsrat Bruchmühlen* (S. 178) dar. Die Gesamterhöhung über alle Ortsratsbudgets beträgt 13,7%. Die Mittel für die Gewässerunterhaltung sind mit einem Festbetrag versehen worden. Dieser ist in einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung mit dem Unterhaltungsverband festgesetzt worden.

Als Beispiel für die neuen Produktbeschreibungen nennt er die des *Produktes 611-01 Steuern und allg. Zuweisungen und Umlagen*. Vor allem für die wesentlichen Produkte sollte sich der Rat der Stadt Melle Gedanken machen, ob die genannten Ziele mit den Zielen der Politik übereinstimmen und ausreichend sind.

In den Daten zu dem *Produkt 612-01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft* (S. 237) findet man u.a. die Entwicklung der Rücklagen und des Cash Flow. Die Reduzierung bei den Konzessionsabgaben ergibt sich aus immer weiter sinkenden Verbräuchen (S. 239). Diese Entwicklung ist bei allen Kommunen festzustellen.

Das *Produkt 111-09 Finanzmanagement und Rechnungswesen* (S. 243) enthält die Projekte Gründung von Stadtwerken, Screening Umsatzsteuergesetz, Planung von Investitionen und Risikokonzept zur Unterstützung der dauerhaften Leistungsfähigkeit. Das Projekt zu den Stadtwerken ist mit einem Sperrvermerk versehen. Beim Projekt Planung von Investitionen geht um eine solide Vorbereitung im Zusammenspiel mit Alternativplanungen und Folgekostenbetrachtungen. Erste Ergebnisse des Projektes Risikokonzept sollen bei der Strategieklausur für den Haushalt 2019 vorgestellt werden. Sinn des Projektes ist es, für den Fall eines Worst-Case-Szenarios bei der Ergebnis- und Finanzentwicklung gewappnet zu sein.

Im Bereich des *Produktes 111-14 Gebäudemanagement* (S. 258) kommt es im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen zu einer Erhöhung der Mieterträge. Der überwiegende Teil der Flüchtlingshilfe wird direkt über den Haushalt des Landkreises abgewickelt. Die Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen sind um 50.000 Euro reduziert worden. Hier hat es eine Verschiebung zwischen Personal- und

Sachaufwendungen durch das zusätzliche Personal im Tiefbauamt gegeben. Die Verrechnung erfolgt über die interne Leistungsverrechnung.

Bei den Aufwendungen für Mieten und Pachten sind 160.000 Euro zusätzlich geplant worden für mobile Raumlösungen im Bereich der Kindertagesstätten. Herr Reehuis fragt, wie viele Container dafür eingeplant wurden. Herr Strakeljahn erklärt, dass mit dem Betrag der aktuelle Bedarf sichergestellt werden solle.

Für die Grundlagenuntersuchung über einen möglichen Stadthausneubau (S. 259) hat es eine Umgliederung der Mittel vom Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt gegeben, informiert Herr Strakeljahn. Zunächst müsse der notwendige Bedarf ermittelt. Danach können entsprechende Wirtschaftlichkeitsvergleiche durchgeführt werden.

Herr Hensiek weist darauf hin, dass relativ viele Maßnahmen dem Gebäudemanagement zugeordnet sind. Fraglich ist aber weiterhin die Machbarkeit bei der Durchführung sämtlicher Maßnahmen.

Bei den Investitionen des Gebäudemanagements (S. 261) erfolgte im Haushalt bereits eine Zuordnung der Prioritäten mittels von Punktzahlen, hebt Herr Strakeljahn hervor. Die Höchstzahl liegt bei 27. Die einzelnen Prioritäten werden im Ausschuss für Gebäudemanagement vorgestellt.

Herr Hensiek berichtet, dass das Budget beim Feuerwehrhaus Groß-Aschen möglicherweise nicht auskömmlich sei. Diese Problematik ist in den nächsten Wochen aufzuklären.

Um den Handlungsschwerpunkt 3.1 „Das bürgerschaftliche Engagement zu fördern“ zu unterstützen, wurden im *Produkt 126-01 Feuerwehrwesen* (S. 276) Mittel für die Gründung einer Kinderfeuerwehr aufgenommen. Die Lehrgänge für die Benutzung von Motorsägen sind nach einer neuen Richtlinie erforderlich. Daneben gibt es höhere Aufwendungen an die Feuerwehr-Unfallkasse. Neue Investitionen müssen für Rettungssätze/Hydraulikaggregate und die Chemikalienschutztausrüstung getätigt werden. Die vorhandenen Ausrüstungen sind veraltet.

Herr Kruse erkundigt sich, ob es zur Baumaßnahme am Feuerwehrhaus Oldendorf einen neuen Sachstand gibt. Herr Strakeljahn verweist auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement, wo ein aktueller Sachstandsbericht vorgestellt werden soll.

Im gesamten Produktbereich des Ordnungsamtes kam es zu verschiedenen Ertragssteigerungen, da die angebotenen Dienstleistungen mehr in Anspruch genommen werden. Dagegen sind die Aufwendungen für die Fundtierunterbringung deutlich gestiegen (*Produkt 122-01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung*; S. 282).

Zu verschiedenen Verschiebungen kam es beim *Produkt 553-01 Friedhöfe* (S. 308). Die Gebührenkalkulation für 2018 wird in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses vorgestellt. Herr Kruse fragt, ob es Reaktionen der Bürger auf die stetige Gebührenanpassung in den letzten Jahren gegeben hat und ob dazu Untersuchungen möglich sind. Herr Strakeljahn unterstreicht, dass weiterhin immer mehr Urnengräber und die vorzeitige Rückgabe von Nutzungsrechten gewünscht werden. Nach der jetzigen Satzung ist die vorzeitige Rückgabe kostenlos. Fraglich ist, ob dieses geändert werden sollte. Interessant dafür wäre auch zu wissen, wie die kirchlich geführten Friedhöfe damit umgehen. Herr Kruse verdeutlicht, dass sich bei diesem Thema ein Wandel vollzieht. Neben dem nicht mehr vorhandenen Willen, lange Nutzungsrechte zu übernehmen, sind auch neue Bestattungsformen gewünscht. Beispielsweise ist in Melle kein Friedwald vorhanden. Die Thematik gehöre in den Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Verkehr, stellt Herr Strakeljahn fest.

Beim *Produkt 211-01 Grundschulen* (S. 320) kam es bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen durch die Einrichtung von veränderten Kategorien zu einer Umstrukturierung. Die Transferaufwendungen erhöhen sich auf Grund der Ganztagsbetreuung.

Die Erhöhung der Sachkostenerstattung des Landkreises Osnabrück für die *Oberschulen* (*Produkt 216-01*; S. 324) in Höhe von 208T Euro hebt sich in etwa auf gegenüber der Zahlungsverpflichtung aus der Sachkostenerstattung der Stadt Melle an den Landkreis Osnabrück für die *Gesamtschule* (*Produkt 218-01*; Seite 328). Offen ist die Diskussion mit dem Landkreis, ob für die Gesamtschule die „Bramscher Regelung“ für die Stadt Melle zu übertragen ist. Die Zahlen nach der „Bramscher Regelung“ sind zur Information in den Erläuterungen zum Haushalt mit aufgenommen worden.

Herr Wüsthube erkundigt sich nach den Pro-Kopf-Kosten für die Schüler, da Bramsche nur für die ansässigen Schüler zahlt und die Stadt Melle für alle Schüler, die die Schule benutzen könnten. Herr Strakeljahn vermutet, dass die Kosten bei 521 Euro pro Schüler liegen. Genaue Kennzahlen werden dem Protokoll beigelegt.

*(Anmerkung zum Protokoll:*

*Gemäß neuen Kostenregelungen ist für 2018 ein Wert pro Schüler von 612,18 Euro bzw. 500,87 Euro nach „Bramscher Regelung“ vorgesehen.)*

Die Erstattung der Kosten für die *Tageseinrichtungen der Kinder* (*Produkt 365-01*; Seite 340) steigt auf Grund der neuen Regelung um 1,87 Mio. Euro an. Die Erstattung der Förderbeiträge werden in gleicher Höhe (390T Euro) auch als Aufwand verbucht. Für die Betriebskostenzuschüsse ist eine prozentuale Steigerung um 5% in den jeweiligen Finanzplanungsjahren vorgesehen. Mit den weniger steigenden Erstattungen des Landkreises fällt der Kostendeckungsgrad weiter auseinander. Zurzeit werden 37% der Kosten vom Landkreis Osnabrück erstattet. Für 2017 waren ursprünglich 24% angedacht. Auf Grund der Einmalzahlung des Landkreises wurde aber ein Kostendeckungsgrad von 53% erreicht. Der Kostendeckungsgrad wird bis 2021 voraussichtlich auf 30% sinken. Außerdem ist für das neue Projekt Kita-Neustrukturierung ein Betrag von 5.000 Euro vorgesehen.

Herr Hensiek befürwortet, dass der Kostendeckungsgrad in die Produktbeschreibung aufgenommen wird.

Herr Strakeljahn führt weiter aus, dass im *Produkt 424-01 Sportplätze* (S. 346) für zwingend notwendige Maßnahmen an Flutlichtanlagen 10.000 Euro vorgesehen sind. Keine Veränderungen sind bei den *Sporthallen* (*Produkt 424-02*; S. 349) ersichtlich. Ggf. werden sich die Aufwendungen für die Nutzung der kreiseigenen Sporthallen wegen des Brandes in der Sporthalle Haferstraße erhöhen.

Für die *Bäder* (*Produkt 424-03*; S. 351) ergibt sich 2017 wahrscheinlich ein Gesamtzuschuss von fast 1,6 Mio. Euro. Das Hallenbad Grönegaubad wird mit 788T Euro bezuschusst. Die übrigen Zuschüsse entfallen auf die 5 Freibäder.

Die Umlage für die *Musikschule* (*Produkt 263-01*; S. 358) des Kreises konnte um 25T Euro reduziert werden. Herr Wüsthube fragt, ob keine Miete für die Nutzung der Räume am Sandkamp gezahlt werden muss. Herr Strakeljahn verweist darauf, dass die Abwicklung über das Gebäudemanagement laufe. Dadurch, dass die Stadt Melle das Gebäude zur Verfügung stellt, verringert sich die Umlage. Die anderen Kommunen zahlen einen höheren Beitrag.

Die Produktbeschreibungen der *Produkte 272-01 Büchereien* (S. 362/363) und *367-05 Tagespflege/Familienbüro* (S. 380/381) stellen gelungene Beispiele dar. Eine solch gute Beschreibung wäre für alle Produkte wünschenswert.

Der Einsatz des Wochenendbusses „NachtBus“ soll weiter ausgebaut werden. Da noch kein Beschluss eines Organs der Stadt Melle vorliegt, wurden Mittel in Höhe von 33T Euro mit einem Sperrvermerk beim *Produkt 362-01 Jugendarbeit* (S. 374) aufgenommen. Auf Grund des Beschlusses im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration wird ab 2019 ein höherer Personalkostenzuschuss für den Jugendwagon in Melle-Buer geplant.

Bei den Produkten des Sozialamtes sind keine gravierenden Veränderungen vorgenommen worden. Lediglich im *Produkt 313-01 Leistungen nach dem AsylbLG* (S. 418/419) kommt es zu erheblichen Veränderungen auf der Ertrags- und Aufwandsseite. Die überwiegende Anzahl von Buchungen erfolgt direkt über den Haushalt des Landkreises.

Die Planungskosten mit der entsprechenden Förderung für den Sanierungsbereich Neue Mitte Nord werden im *Produkt 511-01 Räumliche Planung* (S. 439) abgebildet. Die Planungskosten dafür betragen 90T Euro. Sie sind zu 2/3 förderfähig. Förderfähig sind auch die Kosten für die Planung des ILEK-Programms. Herr Kruse merkt an, dass für den Regionalmanager 70T Euro Kosten aufgeführt sind. Er fragt, ob diese gerechtfertigt sind. Herr Strakeljahn erläutert, dass die Kosten durch das Land Niedersachsen in Höhe von 41 T Euro gefördert werden.

Die positive Marktentwicklung im Baugewerbe wird mit der Erhöhung der Gebührenerträge auch im Haushalt deutlich, schildert Herr Strakeljahn. Die Erträge des *Produktes 521-01 Bauordnung, Bauverwaltung* (S. 446) werden um 100T Euro erhöht.

Beim *Produkt 561-01 Umweltschutz* kommt es ab 2019 zu einer Reduzierung, da die Förderung für den Klimaschutzmanager ausläuft und eine Weiterführung der Stelle noch nicht geklärt ist.

Die Fertigstellung des Baumkatasters wird um ein Jahr verschoben. Die Aufwendungen dafür werden im *Produkt 551-01 Förderung des Stadtgrün* (S. 464) abgebildet.

Eine rechtliche Verpflichtung zur Erstellung eines Landschaftsplans besteht nicht. Allerdings werden im *Produkt 554-01 Natur und Landschaft* (S. 467) 2019 dafür Mittel in Höhe von 20T Euro aufgenommen.

Im Bereich der *Entwässerung und Abwasserbeseitigung* (*Produkt 538-01*; S. 481) wird es bei der Kanalbenutzungsgebühr zu einer weiteren Reduzierung kommen. Grund dafür sind insbesondere starke Mengensteigerungen und durch den vorhandenen Investitionsstau noch nicht anfallende Abschreibungen. Zu beachten bleibt, dass die Gebühren wegen des Investitionsvolumens in den nächsten Jahren wahrscheinlich wieder steigen werden, fügt Herr Hensiek hinzu. Herr Kruse fragt, ob man nicht die Gebührenaussgleichsrücklage nutzen könne. Eine Senkung und dann wieder Erhöhung der Gebühren wird bei den betroffenen Einwohnern sicherlich auf Unmut stoßen. Die Rücklagen waren bereits zu hoch und müssen aus rechtlichen Gründen reduziert werden, erklärt Herr Strakeljahn.

Herr Pläß erkundigt sich nach den hohen Aufwendungen für Dienstreisen in dem Produkt. Herr Strakeljahn entgegnet, dass nicht nur Fortbildungen in der Position abgebildet sind, sondern auch die Kostenerstattungen für die dienstlich genutzten Privatfahrzeuge der Mitarbeiter des Tiefbauamtes.

Das Investitionsprogramm enthält im Wesentlichen die bereits im Nachtrag 2017 aufgenommenen Positionen.

Die angemeldete Erhöhung von 50.000 Euro des Ansatzes für die Unterhaltung der Straßen *Produkt 541-01 Gemeindestraßen* (S. 490) wurde aufgrund der zwei zusätzlichen Stellen gestrichen. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Stellenplan.

Die Kosten für die Unterhaltung des Beleuchtungsnetzes beim *Produkt 545-02 Straßenbeleuchtung* (S. 502/503) kann durch den Einsatz von LED-Technik und geringeren Unterhaltungsaufwendungen um 20T Euro gesenkt werden. Im Gegensatz dazu steigen die Investitionskosten für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung um 20T Euro an bei gleichzeitiger Förderung in Höhe von 23,8 T Euro. Herr Kruse verdeutlicht, dass eine Ausbesserung von Leuchtmitteln und ggf. ganzen Lampen schleppend erfolgt und er möchte gerne wissen, ob bei der schadensbedingten Umrüstung auch überflüssige Lampen entfernt werden. Herr Hensiek kann dazu keine Angaben machen und verweist auf den zuständigen Fachausschuss.

Auf Grund einer Rechtsänderung in der KomHKVO werden sonst als investive Sammelposten aufgeführte Anschaffungen des *Baubetriebsdienstes (Produkt 111-16; S. 519/520)* nun bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dargestellt. Herr Kruse stellt fest, dass für den Friedhof Melle-Mitte ein Bagger im Wert von 100T Euro angeschafft werden soll und stellt sich die Frage, warum dieser so teuer sein soll. Die Erklärung kann nicht umgehend gegeben werden, macht Herr Hensiek klar. Eine Stellungnahme erfolgt im Protokoll.

*(Anmerkung zum Protokoll:  
Benötigt wird ein Friedhofs-bagger, vergleichbar der Modelle Humer Handy Mobil oder Schmelzer Hydrak, die zum einen eine Durchfahrtsbreite von lediglich 70cm gewährleisten und andererseits mit einem entsprechenden Teleskoparmsystem ausgestattet sind, um weiter entfernt liegende Aushubstellen zu erreichen. In den Jahren 2015 wurden 203 Aushube, in 2016 239 Aushube und 2017 bis zum 07. November 2017 144 Aushube durchgeführt. Das Bestandsgerät hat 2.200 Betriebsstunden und ist auf Grund überalterter Hydraulik seit fünf Jahren stark reparaturanfällig. )*

Eine Gebührenerhöhung der Straßenreinigungsgebühren ist nicht zu erwarten, unterrichtet Herr Strakeljahn.

Zu der Investition Anschaffungen Parkanlagen im *Produktbereich 551-02 Parkanlagen* (S. 531) kommt es, da der abgängige Steg im Grönenbergpark für 30T Euro ersetzt werden soll.

Im Bereich der *öffentlichen Einrichtungen (Produkt 573-09; S. 534)* soll für 10T Euro die öffentliche Toilettenanlage am Dürrenberger Ring saniert werden.

Die wesentliche Position im Bereich der *Wirtschaftsförderung (Produkt 571-01, S. 546)* stellt die Investition für die Breitbandversorgung dar. Herr Hunting fragt, ob in die Planungen auch schon die Mittel, die sich aus dem zweiten Förderantrag des Landkreises ergeben, enthalten sind. Dies verneint Herr Strakeljahn. Sollte Melle bei dem zweiten Teil der Maßnahme berücksichtigt werden, sind die Mittel noch nachzufinanzieren.

Der vorgesehene Investitionszuschuss zum Neubau des Spielhauses an der Waldbühne Melle ist Teil des ILEK-Programmes (*Produkt 281-01 Heimat- und sonstige Kulturpflege; S. 566*).

Für das *Produkt 575-01 Förderung des Tourismus* (S. 576) wurden für die neue Aufwandsposition „Umsetzung Tourismuskonzept“ 60T Euro jährlich veranschlagt. Die Mittel für den „Masterplan Wandern“ sind auch neu hinzugekommen. Für das 850-jährige Stadtjubiläum 2019 wurden Mittel in Höhe von 15T Euro aufgenommen, fügt Herr Hensiek hinzu. Über Umfang und Form des Stadtfestes müsse sicherlich noch diskutiert werden. So eine Veranstaltung ist durchaus anders zu sehen als reine Stadtteilstadt. Herr Strakeljahn weist darauf hin, dass der dem Verwaltungsentwurf angehangene Stellenplan in einer Sitzung des Verwaltungsausschusses näher behandelt wird.

Herr Kruse bedankt sich bei Herrn Hensiek und Herrn Strakeljahn und dem Team der Kämmerei für die Erstellung und Vorstellung des Verwaltungsentwurfes. Zudem dankt er den beiden für die Bereitschaft, diesen Entwurf in den Klausurtagungen den einzelnen politischen Fraktionen weiter zu erörtern.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 24.10.2017 beraten und zur Kenntnis genommen.

## **TOP 8      Wünsche und Anregungen**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende Herr Kruse schließt die öffentliche Sitzung um 20:40 Uhr.

17.11.2017  
gez. H. Kruse  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzende/r  
(Datum, Unterschrift)

17.11.2017  
gez. i.A. U. Strakeljahn  
\_\_\_\_\_  
Verw. Vorstand  
(Datum, Unterschrift)

17.11.2017  
gez. A. Steinkamp  
\_\_\_\_\_  
Protokollführer/in  
(Datum, Unterschrift)